Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. H. Klee.

II. Jahrgang. Berlin, Donnerstag, den 26. Juli 1883. № 77.

Der Kanzler.

Die Volkszeitung, ein Organ des äußersten linken Flügels der Fortschrittspartei, das nun schon recht lange — schon seit zwanzig Jahren — an dem Sturz des Kanzlers arbeitet, glaubt endlich, daß seine Stunde geschlagen: Fürst Bismarck habe auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, nämlich im Kampfe mit Rom, eine Niederlage erlitten, und diese Niederlage müsse nun endlich dem Volke über den Unwerth und die Unzulänglichkeit des Kanzlers die Augen öffnen; denn gerade auf dem Gebiete der auswärtigen Politik sei er bis zuletzt und auch dann noch, wo man über seine „freiheitsfeindliche" innere Politik schon längst den Stab gebrochen, für unfehlbar gehalten worden, und nun sehe das Volk, daß es mit seiner auswärtigen Politik — auch nichts sei. Das Blatt erhofft, daß dem deutschen Volk aus jener Niederlage noch viel Segen erwachsen werde: denn es werde sich nunmehr ganz von ihm abwenden, und dann könne das Volk — ohne Rücksicht auf ihn — an der Sicherung seines Rechtes der „Selbstbestimmung" arbeiten.

Das deutsche Volk hat bisher nicht auf die Stimme der Volkszeitung und ihrer Hintermänner gehört — denn wie könnten sonst die Verehrung, Liebe und Begeisterung für den großen Staatsmann und sein Werk in so hohem Maße vorhanden sein, als es thatsächlich überall im ganzen deutschen Reich der Fall ist —, und so ist auch jetzt nicht die geringste Gefahr vorhanden, daß das Volk auf das fortschrittliche Orakel — trotz der von ihm versuchten Beweisführung — hören wird.

Man könnte also getrost den Artikel der Volkszeitung bei Seite legen, wenn er nicht ein charakteristischer Beleg für die Gesinnung wäre, von der sich die Fortschrittspartei in ihrem Kampfe gegen den Kanzler leiten läßt. Alle diejenigen, welche dem Kanzler treu zur Seite stehen, werden in ihrer Gesinnung verdächtigt und angegriffen. Alles, was Fürst Bismarck für das deutsche Volk gethan, hat nur eben das deutsche Volk gethan. Der Kanzler hat es nur systematisch seiner Freiheit zu berauben gesucht: er hat das Volk getäuscht und Viele haben sich selbst getäuscht; doch fallen ihnen allmählich die Binden von den Augen, und die Volkszeitung erwirbt sich natürlich das Verdienst, dem Volke den Staar zu stechen und es hellsehend zu machen.

Das ist fortschrittliche Politik, — so sieht sie aus, nicht anders! Glaubt die Fortschrittspartei aber, daß sie hiermit Eindruck machen wird; meint sie, daß das deutsche Volk nicht die Beleidigung empfindet, die ihm mit einer solchen Charakteristik seiner selbst und des Kanzlers angethan wird?

Die Fortschrittspartei giebt sich als die Retterin und Vertheidigerin des Volkes aus, sie will sich an die Stelle setzen, die Bismarck bisher in dem Herzen des Volkes eingenommen hat. Darum gaukelt sie dem Volke allerhand trügerische Bilder von „Selbstbestimmung", „Freiheit", „Reaction", „Knechtschaft" vor! Meint sie denn, daß das deutsche Volk so wenig mündig und urtheilsfähig sei, um sich durch solche Trugbilder und durch angebliche Niederlagen in seinem Urtheil über den Mann wankend machen zu lassen, der sein ganzes Leben und Wirken seinem Könige und Volke gewidmet, vor dessen Politik und Thaten auch das Ausland bewundernd steht und die Geschichte stets dastehen wird?

Daß er sein Leben dem Könige gewidmet und nicht dem Volke, wie es von der Fortschrittspartei verstanden wird, das eben ist es, was ihm den Haß dieser Partei zuzieht. Aber das deutsche Volk hat aus den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre genügend gelernt, was im wirklichen Interesse des wirklichen Volkes ist: nicht die Schmeicheleien und Verlockungskünste des Demagogenthums, sondern ein fortwährendes Wirken mit Gott für König und Vaterland! Hiervon zeugt des Kanzlers gesammte Politik, und gerade hierdurch hat er sich einen Platz im Herzen des deutschen Volkes für alle Zeiten gesichert.

Was speciell seine Kirchenpolitik anbetrifft, so wird das Volk gewiß dereinst mit Dankbarkeit die Bemühungen anerkennen, welche er im Interesse der katholischen Mitbürger für die Wiederherstellung friedlicher Zustände bethätigt. Von einer Niederlage auf diesem Gebiete zu reden, ist noch lange nicht an der Zeit; gerade das neueste kirchenpolitische Gesetz kann sich als das geeignete Mittel erweisen, auf der anderen Seite Concessionen herbeizuführen, die als ein Sieg zu betrachten sind, wenn wir auch sicher sind, daß die Oppositionspartei das gerade Gegentheil daraus machen wird. Am allerwenigsten sollte aber ein Blatt desjenigen Flügels der Fortschrittspartei, welcher für dieses Gesetz gestimmt und im Reichstage vor anderthalb Jahren dem Antrage Windthorst auf Aufhebung des Expatriirungsgesetzes zu einem parlamentarischen Siege verholfen hat, von einer Niederlage des Kanzlers auf diesem Gebiete sprechen: denn deutlicher als hierdurch kann nicht bewiesen werden, daß die Fortschrittspartei weiter keine Aufgabe kennt, als aus allen Thaten des Kanzlers Anklagen gegen ihn zu schmieden. Eine solche Partei aber — deß sind wir gewiß — wird sich das deutsche Volk nun und nimmermehr zu seiner Retterin und Vertheidigerin erwählen, — einer solchen Partei wird und muß jeder billig denkende Mann, der nicht blind ist, den Rücken kehren!

Die liberalen Blätter und die wirthschaftliche Lage.

Es wird vorgebeugt und abgeschwächt — nämlich von Seiten der liberalen Blätter, denen Angesichts der günstigen Berichte über den Stand der wirthschaftlichen Lage etwas unbehaglich zu Muthe wird und die um den Glanz ihrer früheren wirthschaftlichen Prinzipien besorgt sind, beziehungsweise ihre Gegnerschaft gegen die neuere Wirthschaftspolitik entschuldigen und vertuschen möchten.

Die Nat. Ztg. hält es für unrecht, wenn die schutzzöllnerischen Blätter günstige, die freihändlerischen Blätter ungünstige Mittheilungen aus den Handelskammerberichten veröffentlichen. Sie hält ein solches Verfahren nicht für nützlich und meint, daß man auf diesem Wege nicht zu einem Urtheil über die neue Wirthschaftspolitik kommen könne. Das ist gewiß sehr vorsichtig und klingt sehr gewissenhaft. Sie hätte aber, wenn sie ganz objectiv verfahren wollte, erwähnen müssen, daß die übergroße Mehrzahl der Berichte günstig lauten und daß es den Freihändlern schwer wird, hier und da aus diesem oder jenem Bericht etwas Günstiges für sie herauszulesen und herauszunehmen. Aber die Vorsicht, mit der die Nationalzeitg. zu Werke geht und die bekanntlich die Mutter der Weisheit sein soll, hat auch bei ihr keinen anderen Zweck, als recht weise zu erscheinen, und diese Weisheit besteht darin, daß sie erklärt, sie sei immer der Meinung gewesen, daß „zu der directen Begünstigung einzelner Productionszweige durch den Tarif und zu dem natürlichen allgemeinen Wiederaufleben des Bedarfs und der Production auch in den handelspolitisch benachtheiligten Gewerbszweigen die Energie, welche Hindernisse überwindet, die Findigkeit, welche Vertheuerungen ausgleicht, dahin wirken würde, das Gesammtergebniß günstig zu beeinflussen." Ein besseres Eingeständniß von dem Werth der neuen wirthschaftlichen Prinzipien hätte die freihändlerische Nationalzeitung wahrlich nicht machen können. Denn wenn eine Politik solche günstigen Folgen wie die Belebung des Bedarfs und der Production, die Anspornung der Energie und der Findigkeit hat, dann kann sie wahrlich keine schlechte sein. Mit diesem Urtheil gesteht sie auch ein, daß sich die Besserung der wirthschaftlichen Lage nicht mehr fortleugnen läßt, — ja sie giebt sogar zu, daß diese Besserung direct auf die Handelspolitik und nicht auf die wirthschaftliche Ebbe und

Fluth, welche die ganze Welt bewegt, zurückzuführen ist. Sie erklärt offen: „Eine Besserung vieler Erwerbsverhältnisse im Vergleich mit der Zeit des durch die Krisis veranlaßten Niederganges ist ohne Zweifel seit etwa zwei Jahren eingetreten.“ Aber so ganz kann und will sie doch nicht ihren freihändlerischen Glauben verleugnen und darum bemerkt sie: „Ein Lob für eine Handelspolitik ist es freilich nicht, wenn Thatkraft und Erfindungsgeist, welche neue Fortschritte bewirken können, dazu aufgewendet werden müssen, Rückschritte zu verhüten.“ Wir aber sagen: jede Politik, die die Thatkraft und den Erfindungsgeist anregt, ist nothwendig eine gute; wo diese nicht in Anwendung kommt, da tritt nothwendiger Weise Stagnation ein — das haben wir erfahren —, da werden sich von selbst Rückschritte geltend machen, und an solchen Rückschritten haben wir früher gerade genug zu leiden gehabt, als Thatkraft und Energie, gestützt auf das alleinseligmachende Freihandelsbekenntniß, schlummerten.

Auch die Kölnische Zeitung beugt vor und verwahrt sich dagegen, daß man den Liberalismus mit dem Manchesterthum identificire — es gäbe überhaupt nur verschwindend wenige Manchesterleute. Nun Fortschritt und Secession, voran Herr Bamberger und Herr Rickert, werden doch gewiß dazu zu rechnen sein, und diese Herren haben ja den Liberalismus gepachtet und sie sind auch die Unternehmer der „einigen großen liberalen Partei.“ Wenn die Kölnische Zeitung aber den Liberalismus mit dem Manchesterthum nicht vermengt wissen will, so will sie eben nur auch dem Liberalismus ein gewisses Verdienst an der gegenwärtigen günstigen wirthschaftlichen Lage wahren und ihn nicht als Gegner derjenigen Maßregeln behandelt wissen, welche die jetzigen guten Erfolge gezeitigt haben. Daß der Liberalismus um diese Erfolge nur ein geringes Verdienst hat, wird die Köln. Ztg. vergebens in Abrede stellen können. Wenn sie aber damit sagen will, daß sich der Liberalismus bekehrt hat und nun gern als Beschützer und Förderer der neuen Wirthschaftspolitik dastehen möchte, so wollen wir die hierin liegende Reue früheren Verhaltens gern annehmen. Aber einen Werth wird sie nur dann haben, wenn der Liberalismus sich nun auch als eifriger Förderer der nationalen Production erweist, nicht blos in Worten, sondern auch in Thaten. Das wäre gewiß der beste Erfolg der neuen Wirthschaftspolitik und der gegenwärtigen guten Früchte derselben. Vorläufig freilich können wir noch nicht an eine solche Bekehrung glauben: das Schicksal der Holzzölle ist noch in zu frischer Erinnerung.

Die Sicherung der Fabrikarbeiter.

Unter dem Titel „die Sicherung der Arbeiter gegen die Gefahren für Leben und Gesundheit im Fabrikbetriebe, von Albert Pütsch ist im Verlage der Fr. Kortkampfschen Buchhandlung ein vier und dreißig Bogen starkes Werk erschienen, welches der Aufmerksamkeit unserer industriellen Kreise nachdrücklich empfohlen werden darf.

Die Verpflichtung der Gewerbeunternehmer, ihre Arbeiter thunlichst gegen die mit dem Gewerbebetriebe verbundenen, durch die Ausbildung des Maschinenwesens beständig gesteigerten Gefahren zu schützen, ist bekanntlich nicht nur eine moralische, sondern zugleich eine gesetzliche. Der Abs. 3 von § 120 der Gewerbe-Ordnung spricht ausdrücklich aus, daß bezügliche Vorschriften sowohl vom Bundesrathe, als wie von den Landesregierungen erlassen werden dürfen. Außerdem wissen die Leser der Jahresberichte unserer Fabrik-Aufsichtsbeamten, daß die Fabrikinspectionen diesem Punkte besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden haben. Der Natur der Sache nach aber sind die Industriellen selbst am meisten daran interessirt, für Leben und Sicherheit ihrer Arbeiter das Nöthige zu thun und es nicht darauf ankommen zu lassen, daß sie von Obrigkeitswegen zur Erfüllung dieses dringenden Gebots der Humanität angehalten werden. In der Regel genügen darum die von den Aufsichtsbeamten ertheilten Winke und Rathschläge, damit vorhandenen Uebelständen abgeholfen und mit dem Bedürfniß entsprechenden Einrichtungen vorgegangen werde.

Das vorliegende Werk hat sich die Aufgabe gestellt, den Industriellen in dieser Rücksicht zu Hilfe zu kommen und eine das gesammte gewerbliche Gebiet umfassende Darstellung derjenigen Einrichtungen zu geben, welche im Interesse der Sicherheit und der Gesundheitspflege für die einzelnen Gewerbszweige zutreffend sind. Der Verf. hat zu diesem Behuf nicht nur die in allen Culturländern gemachten Erfahrungen berücksichtigt, sondern ein Bild derjenigen Regierungsverordnungen der Fabrik-Anlagen, Genehmigungsbedingungen u. s. w. entworfen, welche besonders in Betracht kommen. Der allgemeine Theil (S. 1 bis 123) erörtert in neun Abschnitten den „allgemeinen Betrieb“, d. h. diejenigen auf die Dampf-, Gas- und Heißluft-Kraft, die Transmissionen, Räder- und Hebewerke, Fahrstühle u. s. w. bezüglichen Bedingungen, welche in jedem größeren oder durch Maschinen unterstützten industriellen Unternehmen eingehalten werden müssen, wenn von einer wirklichen „Sicherung“ die Rede sein soll. Der zweite Theil (S. 123 bis 300) hat es in sieben und zwanzig Abschnitten mit allen speziellen Betriebsarten zu thun. Der dritte Theil (S. 303 bis 337) umfaßt die sämmtlichen bisher erlassenen gesetzgeberischen Maßnahmen, sowie diejenigen Ergebnisse der Vereinsthätigkeit, welche der Sicherung der Arbeiter gewidmet sind; mit dankenswerther Ausführlichkeit werden dabei der gegenwärtige Stand des Fabrikaufsichtswesens in Deutschland (47 Fabrik-Inspectoren, bez. Gewerberäthe) geschildert und die für Preußen geltende, am 27. Mai 1879 erlassene „Dienstanweisung“ wiedergegeben. — Zahlreiche zur Erläuterung dienende Abbildungen und vier ausführliche Register erhöhen den Werth des verdienstvollen Buchs, dem im Interesse der Humanität, wie im Interesse der deutschen Industrie die weiteste Verbreitung gewünscht werden darf.

Bei der hohen Bedeutung, welche die socialpolitischen Fragen für unsere gesammte Entwickelung genommen haben, erscheint es längst als dringendes Gebot des eigenen Interesses der Vertreter deutscher Industrie, daß seitens derselben durch die That und zwar durch die freiwillige That bewiesen werde, daß das Verständniß für das den Arbeitern zustehende Recht auf möglichste Sicherung in ihrer Berufsthätigkeit, auch in ihren Kreisen beständige Fortschritte mache. — Möchte die in dem vorliegenden Buche gebotene Gelegenheit zu eingehender Bekanntschaft mit den Bedingungen gewissenhafter Fabrikleitung nach Kräften benutzt werden!

Parlamentarische Rückblicke.

III.

Nichts konnte besser als das gekennzeichnete Verhalten beweisen, daß die Fortschrittspartei ihre alten Kämpfe, die sie zwanzig Jahre lang hatte ruhen lassen müssen, wieder aufnehmen wollte und jetzt die Zeit für gekommen erachtete, alte Lieblingswünsche zu verwirklichen.

Der zweite Theil der Reichstagssession, welcher Anfangs April begann, bestätigte vollkommen, daß die Fortschrittspartei — ermuthigt durch die kleinen Erfolge auf militärischem Gebiete — Alles daran setzte, um die gesammte monarchische Politik der Regierung zu discreditiren und die positiven Reformvorschläge derselben zu Falle zu bringen.

Noch in einem Punkte wurden die Bemühungen der Fortschrittspartei mit Erfolg gekrönt: die Erhöhung der Holzzölle wurde in der Sitzung vom 8. Mai mit 177 gegen 150 Stimmen abgelehnt. Man wird diesen „Erfolg“ auch auf Rechnung früherer Agitationen setzen können, welchen es gelungen war, Alles, was sich liberal nennt, zu einer Gegnerschaft speziell der Zollpolitik zusammenzuschweißen. Fortschritt und Secession hatten nach und nach auch die gemäßigten Liberalen mit der Parole von der Vertheuerung der Lebensmittel durch die Zölle zu fangen verstanden und durch unablässige Agitation in diesem Sinne bei den Reichstagswahlen (October 1881) auch einen gewissen Vorsprung erhalten, welcher von ihnen sowohl wie von den Liberalen überhaupt als Fingerzeig von der sich vollziehenden Umkehr der Anschauungen des Volks bezüglich des Werthes der neuen Wirthschaftspolitik ausgegeben und ausgebeutet wurde. Alles, was sich liberal nennt, glaubte nach den scheinbaren Erfolgen von Fortschritt und Secession im October 1881 klug zu handeln, wenn es sich in der Folge ablehnend gegen Zollerhöhungen verhielt und so den Conservativen und dem Centrum allein die Verantwortlichkeit für den neuen Zolltarif überließ. Ueberdies handelte es sich dies-

mal um Erhöhung „agrarischer" Zölle, d. h. um eine Erhöhung des Schutzes der deutschen Land- und Waldwirthschaft, für den liberale Kreise — ihren alten Traditionen gemäß — sich nicht besonders zu erwärmen brauchten, weil sie in den Vertretern der Land- und Forstwirthschaft von jeher politische Gegner erblicken. Die Interessen der Industrie schienen schon genügend durch den neuen Tarif gewahrt zu sein; jetzt mußte die Industrie als durch die projectirte Holzzoll-Erhöhung benachtheiligt dargestellt werden. So stimmten denn schließlich alle Liberalen gegen die Vorlage, die fortschrittlich-secessionistischen Freihändler wähnten sich bereits am Beginne einer neuen Freihandelsaera.

Ihre Hauptthätigkeit entfaltete die Fortschrittspartei jedoch in der Bekämpfung der Allerhöchsten Botschaft vom 14. April, durch welche der Reichstag aufgefordert wurde, die Berathung des abermals vorgelegten Etats für 1884/85 in Angriff zu nehmen und zum Abschluß zu bringen, damit die Wintersession für socialpolitische Aufgaben frei bleiben könne. Die Autorität dieser Kaiserlichen Botschaft aber erwies sich auch zugleich als ein eherner Fels, an welchem die Kraft der Fortschrittspartei zerschellte.

Fortschritt und Secession sahen durch die Botschaft mit einem Male ihr democratisches Gewebe, mit welchem sie den Reichstag zu überspinnen begonnen hatten, zerstört. Die im Februar „glücklich" abgewandte „Gefahr" der Feststellung zweier Etats in einer Session und der hiermit verbundenen Aussicht, im Winter keine Budgetdebatte zu haben, stand ihnen wieder vor Augen und diesmal für sie bedrohlicher als vorher: denn einmal ließ sich aus der Verfassung auch nicht mehr ein Schein des Rechts, gegen die sofortige Etatsberathung zu protestiren, herleiten, nachdem das Etatsjahr begonnen, dessen Beginn man früher als unbedingt nothwendig für die Berathung des für das folgende Jahr aufzustellenden Budgets bezeichnet hatte, und zweitens war es die Kaiserliche Autorität, welche sich an das Herz des Volkes wie der Volksvertretung gewandt hatte: über den günstigen Eindruck der Botschaft auf das Volk konnte sich selbst die Fortschrittspartei keinem Zweifel hingeben; auch bekundete die Stellungnahme der anderen Parteien zu der Botschaft, daß die Volksvertretung in ihrer Mehrheit bereit sei, den Wünschen des Kaisers zu entsprechen. Um so mehr mußte das für die fortschrittlich-secessionistische Partei hierin liegende „Unheil" durch eifrige Agitation und durch allerhand tactische Mittel und Kunstgriffe abzuwenden versucht werden.

Der Gedanke, eine Adresse an den Kaiser zu richten, wurde sofort wieder aufgegeben, weil die Fortschrittspartei hierbei keinerlei Unterstützung fand. Sodann verbreitete diese Partei das Gerücht, daß die Auflösung des Reichstags bevorstehe. Natürlich verfolgte sie hiermit nur den Zweck, die Verhältnisse so darzustellen, als ob die Regierung einen unberechtigten Druck auf den Reichstag ausüben und seine Entschließungsfreiheit verkümmern wolle. Ein „Rundschreiben" ging an die fortschrittlichen Wahlcomités, worin dieselben zur sofortigen Einleitung einer Wahlagitation aufgefordert und die Hauptgedanken der Kaiserlichen Botschaft kritisirt und bekämpft wurden: einmal wurde die Regierung verantwortlich gemacht für die Verschleppung der socialpolitischen Vorlagen, sodann wurde die jetzt geforderte Feststellung des neuen Etats auf die Absicht der Regierung zurückgeführt, längere Zeit die Verwaltung ohne eine angeblich nur durch die Etatsberathung mögliche Controle zu führen und den Reichstag für den Winter bis zum Ablauf der Wahlperiode gewissermaßen kaltzustellen, und schließlich wurde das Unfallversicherungsgesetz als ein die Interessen und Rechte der Arbeiter schädigendes bezeichnet. In welchem Geiste die Agitation geführt werden sollte, davon gab ein Artikel der „Volkszeitung" Kunde, welcher der Krone gegenüber die „Souveränetät des Reichstags", sein „heiliges Recht", seine „Würde" und seine „erhabene Stellung" ausspielte.

Aber nur wenige Tage vergingen, als die Leiter der Fortschrittspartei das Unkluge ihres Schrittes einsahen. Es wurden jetzt andere Seiten aufgezogen und man verfiel nunmehr auf den Gedanken, die Krone und die Kaiserliche Botschaft — gegen Regierung und Conservative in Schutz zu nehmen. Fortschritt und Secession verlangten im Interesse der Erreichung der Ziele der Kaiserlichen Botschaft den sofortigen Schluß des gleichzeitig versammelten Landtags und die sofortige Inangriffnahme der Berathung des Unfallgesetzes unter gleichzeitiger Hinausschiebung der Etatsberathung auf den Winter. Die Ohnmacht der Opposition zeigte sich hierbei in eclatanter Weise; das Abgeordnetenhaus, das sich noch im Januar und Februar geweigert hatte, gleichzeitig mit dem Reichstag Sitzungen zu halten, hielt es angesichts der Wichtigkeit des vorliegenden Materials für nothwendig, seine früheren Bedenken fallen zu lassen und seine Aufgaben zu erledigen, und im Reichstage wurde thatsächlich die Berathung des Etats nicht nur begonnen, sondern auch durchgeführt, — freilich unter erschwerenden Umständen. Zunächst wurde durch den Antrag Rickert die Vereitelung der Etatsberathung in der Weise herbeizuführen versucht, daß der Reichstag beschließen sollte, die Unfallcommission zur sofortigen Berichterstattung über die Grundlagen des Unfallversicherungsgesetzes zu veranlassen; der Antrag wurde aber der Commission selbst überwiesen, was mit einer Ablehnung desselben gleichbedeutend war. Dann gelang es Herrn Eugen Richter am Schluß der ersten Berathung des Budgets die Ueberweisung des gesammten Etats an die Budgetcommission herbeizuführen. So sehr auch die Fortschrittspartei über diesen Erfolg frohlockte, so stellte sich doch bald heraus, daß die Majorität mit diesem Beschluß keineswegs der von Herrn Richter damit verbundenen Absicht der Verschleppung der Etatberathung beigetreten war. In der Commission wurden die gleichen Bemühungen der Fortschrittspartei vereitelt und am 4. Juni konnte die zweite Berathung im Plenum ihren Anfang nehmen, am 12. Juni war die dritte Berathung des Budgets beendigt. Daß die Fortschrittspartei nebenbei noch alle Mittel der Geschäftsordnung und auch solche, die nicht von derselben vorgesehen sind, anwandte, um die Etatberathung zu verhindern, versteht sich von selbst: aber mehr und mehr mußte sie sich in ihre Niederlage finden und einsehen, daß ihre Kraft nicht ausreichte, um die Autorität der Kaiserlichen Botschaft zu erschüttern.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Mittelst Allerhöchster Ordre vom 8. Mai d. J. ist eine Instruction für die beiden größeren Truppenübungen zur Verhinderung von Flurbeschädigungen durch das Publikum ꝛc. fungirenden Gendarmerie-Patrouillen erlassen. Die erforderlichen Ausführungs-Bestimmungen zu dieser Instruction werden nunmehr in den einzelnen Regierungsbezirken zur Feststellung gelangen.

Den Provinzial-Steuerbehörden ist eine Verfügung zugegangen, wonach zu Verträgen zwischen Staatsbehörden und Gewerbetreibenden über Lieferungen in Zukunft nur ein Stempel von 1,50 ℳ in der darstellenden Hälfte von 1 ℳ zu verwenden ist.

Politische Tagesfragen.

Aus Amerika eingelaufenen Nachrichten zufolge haben die Beamten der Western Union Telegraph Company ihre Dienstfunctionen eingestellt. Die genannte Gesellschaft, deren Betriebe bekanntlich der weitaus größte Theil des Telegraphennetzes von Nordamerika und Canada unterstellt ist, will indeß Vorkehrungen getroffen haben, daß trotz der eingetretenen Schwierigkeiten die nach den Hauptorten von Amerika gerichteten transatlantischen Telegramme keine Verzögerung erleiden.

Immerhin dürfte auch dieser Fall auf die bedenklichen Seiten des privaten Betriebs von Telegraphenanlagen für den allgemeinen Verkehr zur Genüge hinweisen.

Das „deutsche Bürgerthum" hat Herrn Hänel bei der Nachwahl in Kiel-Rendsburg vorläufig im Stich gelassen, es reichte nicht aus, um ihn auf den Schild zu erheben. Professor Dr. Hänel (Fortschritt) erhielt 9570 Stimmen, Graf Reventlow (Conservativ) 3321 und Schneider Heintzel (Socialdemokrat) 6659, an dem Siege fehlten ihm also über 400 Stimmen. Am 3. August soll nun die Stichwahl zwischen Hänel und Heintzel stattfinden; vielleicht wird sich dann das „deutsche Bürgerthum" besser bewähren und einen Sieg erkämpfen, der nicht mehr schwer ist. Die Nat.-Ztg. ist so weise zu bemerken, die Stichwahl hätte vermieden werden können, wenn die Conservativen auf die Aufstellung einer aussichtslosen Candidatur verzichtet hätten. Wir haben noch nicht gehört und glauben auch nicht, daß sich die Fortschrittspartei und die Secessionisten durch solche Beweggründe abhalten lassen, eine Candidatur aufzustellen. Was „aussichtslos" oder „sicher" ist, ist nicht immer vorher zu bestimmen. Die

Fortschrittspartei schmeichelte sich sogar mit der Hoffnung, ihren Candidaten in Kiel sicher und glänzend durchzubringen, aber wie der Erfolg nachträglich lehrt, war dazu keine Aussicht vorhanden. Andererseits haben die Fortschrittler auch schon aussichtslose Candidaturen — wie z. B. in Osterode-Neidenburg — aufgestellt, und haben dann sehen müssen, daß sie sich die Mühe hätten ersparen können. Wenn es erst dazu kommt, daß die Parteien, welche keine Aussicht auf einen Wahlsieg zu haben meinen, von vornherein den Kampf aufgeben, dann wäre überhaupt eine Wahlagitation gar nicht nöthig. Und doch ist es gerade die Fortschrittspartei, die von der Wahlagitation lebt. Sie wird sicherlich nie hierauf verzichten, und so werden denn auch die anderen Parteien in allen Fällen gut thun, ihre Schuldigkeit zu thun, auch wenn sie weiter nichts damit erreichen sollten, als der Fortschrittspartei den Sieg zu erschweren.

Auch die Kiel-Rendsburger Wahl kann wieder als ein Zeichen dafür gelten, daß der Stern der Fortschrittspartei im Erblassen ist. Ihre Heldenthaten im Parlament müssen doch wohl wenig Anklang bei dem „deutschen Bürgerthum" finden, wenn die Vertreter desselben ihrer Zahl nach gegen früher geringer werden. Dagegen zeigt der Zuwachs der Stimmen der Socialdemokraten (um etwa 2000 gegen früher), daß die Fortschrittspartei mit ihrem ganzen Thun und Treiben den Socialdemokraten den Boden zurecht macht, auf dem diese am besten gedeihen können. Und für solche Pionierdienste soll das „deutsche Bürgerthum" da sein! Wie nun aber, wenn bei der Stichwahl die Conservativen für Herrn Hänel stimmen? Würden sie hiermit den Eintritt in's „deutsche Bürgerthum" erlangen, aus dem sie erst vor wenigen Tagen durch den Machtspruch des Herrn Hänel ausgestoßen worden sind? Wenn sie einen Fortschrittler unterstützen, müssen sie doch wohl (nach Herrn Hänel) zum „deutschen Bürgerthum" gehören; da sie aber eben Conservative sind und bleiben, haben sie nach Herrn Hänel mit dem „deutschen Bürgerthum" nichts gemein. Diesen Widerspruch zu lösen, ist eine kniffliche Doctorfrage, die wir dem Studium und der Beantwortung des Dr. Hänel empfehlen.

Die Handelskammer für Arnsberg, Meschede und Brilon kann in den lauten Widerspruch, der von vielen Seiten gegen die Einführung von Eingangszölle auf Holz erhoben wird, nicht einstimmen. Fast siebzig Prozent der Bodenfläche, sagt sie in ihrem Jahresbericht für 1882, ist Wald und es hält im allgemeinen schwer, in der Konkurrenz mit dem holzreichen Auslande eine einigermaßen lohnende Verwerthung für die Waldprodukte zu finden. Die Zufuhr zu den Verbrauchs- oder Verkaufsstellen ist bei dem Mangel an Transportwegen zu schwierig und zu theuer.

Auch nach anderen Richtungen hin tritt die genannte Handelskammer für deu Zollschutz nachdrücklich ein und befürwortet theils die Einführung neuer, theils die Erhöhung bestehender Zölle. So klagt sie über die so sehr gedrückten Preise des Antimon-Metalls. Frankreich besitze, ebenso wie Deutschland, nur wenige Antimonerzbergwerke und erhebe auf das Metall einen Eingangszoll von 10 Frcs. für 100 kg, wodurch allein die Existenz der inländischen Gruben erhalten worden sei. Das Antimon-Metall sei nicht zu entbehren, der Eisenbahnbetrieb bedürfe es. Da wäre gegenüber den ganz unregelmäßigen Zufuhren aus entfernten Ländern eine ähnliche Besteuerung dieses Metalls zum Schutze der wenigen eigenen Gruben in Deutschland wohl gerechtfertigt. Ebenso sei der Betrieb der Schiefergruben ein sehr gedrückter. Veranlaßt durch die Annahme, daß die an sich „so wohl begründete" Zollerhöhung auf ausländischen Schiefer zur Thatsache werde, hätten außerordentlich starke Einfuhren stattgefunden, welche nach erfolgter Ablehnung der Zollerhöhung das Geschäft mit inländischem Schiefer erst recht zum Erliegen gebracht. Namentlich die geringere Waare aus den Ardennen bereite dem deutschen Produkte die größte Konkurrenz. Ohne einen genügenden Zollschutz, der anstatt 50 Pf. für 100 kg 2 bis 3 Mark betragen sollte, werde unsere inländische Schieferindustrie, die sonst wohl im Stande sei, dem Bedarf zu genügen, nie zum Aufblühen gelangen. Das Geld, welches jährlich für Schiefer ins Ausland gehe, könne recht wohl den eigenen Bergen zufließen und viele und lohnende Arbeit schaffen.

Dir Lage des Handels und der Industrie war, so konstatirt auch die Handelskammer zu Neuß in ihrem Jahresbericht für 1882, im verflossenen Jahre eine bessere als das Jahr vorher. Wenigstens zeigte sich in verschiedenen Branchen ein befriedigender Geschäftsbetrieb, der auch bis heute noch angehalten hat, und das Detailgeschäft war durchgehends gut. Die Fabriken von Feilen und Drahtstiften waren gut beschäftigt. Die Eisengießereien erfreuten sich eines ziemlich flotten Betriebs, wiewohl der Verdienst durch die starke ausländische Konkurrenz sehr gedrückt war. Die Reis- und Weizenstärkefabrik in Neuß und ebenso die bei Heerdt belegenen waren lebhaft beschäftigt, jedoch auch hier verminderte die übergroße Konkurrenz den Verdienst. Hinsichtlich der Papierfabrikation, die namentlich durch die österreichische Konkurrenz leidet, fordert die genannte Handelskammer die Wiedereinführung des Lumpen-Ausfuhrzolls, und die Erhöhung des jetzigen Eingangszolls auf Schreibpapier, damit auch das Geld für Papier im Lande bleibe und nicht dem Auslande zu gute komme. Zum Schutz der Oelfabrikation wird empfohlen, daß auf Mineralöle ohne Unterschied der Verwendung ein Eingangszoll von 6 ℳ gelegt werde; auch für die Blutlaugensalzindustrie sei um so dringender Zollschutz geboten, als dieselbe gegenwärtig in Folge der ausländischen Konkurrenz vollends darnieder liege.

Aus Wildbad Gastein.

23. Juli.

„Eine Sommerfrische des Deutschen Kaisers in Gastein" läßt sich mit objektiver Wahrhaftigkeit nicht wohl beschreiben, denn wenn das Thermometer am Morgen nur + 5° Reaumur und am Vormittage um 11 Uhr auch gerade 11° anzeigt, so kann vom „Sommer" nicht füglich die Rede sein, und es bleibt eben nur die „Frische". Diese Erfrischung aber genießt der Kaiser hier in friedlicher Einfachheit.

Den obersten Kriegsherrn von Deutschland kann sich so Mancher nur in voller Generalsuniform vorstellen; wie anders die Erscheinung hier! Dunkler Civilrock, hellgraue Beinkleider und schwarzer Cylinderhut bedecken den Kaiser, wenn er Morgens gegen 10 Uhr auf den Vorplatz des Bade-Schlosses hinaustritt. Hier erwartet ihn der dienstthuende Flügel-Adjutant. Der Kaiser wechselt mit den meist gleichfalls anwesenden Hofcavalieren einige freundliche Worte und steigt dann die breiten marmornen Stufen mit bewunderungswürdiger Leichtigkeit hinab. Der Leibjäger, gleichfalls in Civil, folgt in geringer Entfernung, über dem Arm den bekannten rehfarbenen Havelock des Kaisers tragend und in der Hand den hier so unumgänglich nothwendigem Regenschirm. Auf dem kleinen staubigen Platze befinden sich zu dieser Stunde nur wenige Badegäste, dieselben verbeugen sich ehrfurchtsvoll vor der rasch und sicher dahinschreitenden majestätischen Gestalt. Der Weg bis zur katholischen Kirche ist ziemlich abschüssig, dann ebnet sich derselbe, der Blick fällt in das liebliche Gasteiner Thal, und über die in Felsen eingefügte Holzbrücke führt der schmale Weg zum Eingange der Kaiserpromenade. Hier stürzte im vorigen Sommer ein Theil des Berges ein; jetzt ist alles wieder hergestellt, aber die vielfachen Untermauerungen und Absteifungen lassen doch ahnen, daß die Passage hier nicht ganz unbedenklich ist. Auf der Kaiserpromenade nun entfaltet sich ein für den sonst so stillen, ja fast menschenleer erscheinenden Kurort ungewöhnlich reges Leben. Herren und Damen wandeln auf und ab oder genießen von einer der vielen Bänke aus den hinreißenden Anblick auf das grüne Thal und die gerade jetzt tief in Schnee gehüllten Berge.

Als der Kaiser heute jene Holzbrücke überschritten hatte, wendete er seine Blicke voll freudiger Verwunderung nach links und deutete mit der Hand nach jenem seltenen Schauspiele, auch diese Höhen, den Tisch mit dem Hirschkogl, beschneit zu finden; denn bei den rechts sich aufthürmenden Riesen, dem Feuersenk, dem Graukogl und dem Gamskarkogl, ist man die silberne Rüstung schon eher gewohnt. Wie groß die Bewunderung ist, welche der Kaiser für diese ganz eigenartigen Naturerscheinungen hegt, davon giebt auch eine Bemerkung Zeugniß, die er nämlich im engeren Kreise gemacht, „daß man die ganze Nacht aufbleiben möchte, um den wunderbaren Anblick des von Mondschein durchleuchteten Schnees auf dem Gamskarkogl immer wieder zu genießen". — Es waren aber auch in der That „mondbeglänzte Zaubernächte"!

Diese Morgen-Spaziergänge des Kaisers, die ja stets erst nach dem Bade erfolgen, dehnen sich je nach der Witterung, die leider wiederum recht kühl und recht regnerisch ist, mehr oder minder aus. Blickt nun einmal die Sonne durch den grünen Himmel, so nimmt auch der Kaiser für kurze Zeit auf einer Bank Platz, vorzugsweise auf jener Bank, die, im Rücken von einem kleinen hölzernen Heuschober gedeckt, die Aussicht auf Hof-Gastein darbietet. Bis zur katholischen Kirche erfolgt der Rückweg wieder zu Fuß. Hier erwartet ein eleganter offener Wagen, von zwei Grauschimmeln gezogen, den Kaiser, der nach der Rückkehr ins Badeschloß nunmehr wieder den Regierungsgeschäften seine landesväterliche Sorge schenkt. An der um 4 Uhr beginnenden Tafel nehmen außer den Hofcavalieren, in bunter Reihenfolge gewöhnlich hervorragende Badegäste Theil. Strömt am späten Nachmittag der Regen nicht gar zu arg hernieder, so führen die Grauschimmel auf einem der beiden, zu Ausfahrten allein möglichen Wegen den Kaiser entweder in das Kötschachthal oder nach Böckstein zu. Die Abende bringt der Kaiser meist allein in seinem Arbeitszimmer zu, und wie in Ems, wie überall, so zeugt auch im Eckzimmer des Badeschlosses die brennende Arbeitslampe oft noch spät, sehr spät von der nie rastenden Thätigkeit des greisen Monarchen.

Diese Einförmigkeit des Badelebens wird zuweilen von der Aufmerksamkeit der Familie des Grafen von Lehndorff-Steinort erheiternd unterbrochen. Der Kaiser liebt es, in der „Solitude", einer Besitzung des Grafen Lehndorff, die dicht am Eingange des Kurorts zwischen riesigen Tannen, an steilem Felsenabhange, schmucklos, aber anheimelnd mit ihren weißen Mauern durch das dunkele Grün in die tief unten dahin brausende Ache schaut, einige friedliche Abendstunden zuzubringen. So wurde dort neulich von den beiden jungen Comtessen Lehndorff, dem Regierungsrath von Seckendorf und dem Lieutenant Grafen von Bernstorff zur großen Erheiterung des Kaisers das kleine Lustspiel von Görlitz: „Eine vollkommene Frau" dargestellt und auch heute Abend beabsichtigt der Kaiser dort in kleinerem Kreise zu verweilen.

Hierzu eine Beilage.

Personalien.

Die Wahl des Directors des Magdalenen-Gymnasiums in Breslau, Dr. Heine, zum Director der Ritter-Akademie in Brandenburg a. H. hat die Allerhöchste Bestätigung erhalten.

Die bisherigen Seminardirectoren Kietz in Kyritz und Bethe in Weißenfels sind zu Regierungs- und Schulräthen ernannt worden und wird, wie wir hören, Ersterer dem Konsistorium in Aurich, Letzterer der Regierung in Stettin überwiesen werden.

Verschiedenes.

† Brilon. Auf der alten Stammesgrenze der Franken und Sachsen erhebt sich im Rothhaargebirge als höchster Gipfel zwischen Rhein und Weser der Astenberg, ausgezeichnet durch die Weite und Schönheit der Fernsicht. Im vorigen Jahre bildete sich dort ein Komité, welches die Errichtung eines weithin sichtbaren Thurmes auf der Höhe jenes Berges beschloß, der Allen, die den Gipfel ersteigen, ein Obdach und eine freie Rundsicht gewähren und zugleich zu einem Denkmal an die unter Kaiser Wilhelms ruhmvoller Regierung erfolgte Einigung aller deutschen Stämme bestimmt sein sollte. Der Grundstein zu dem Thurme sollte in diesem Sommer gelegt werden; es hat sich jedoch herausgestellt, daß die Baukosten den Voranschlag erheblich übersteigen werden. Im Ganzen betragen die erforderlichen Geldmittel 40 000 Mark, während die bisherigen Sammlungen etwa 8 000 Mark ergeben haben. Zur Aufbringung der fehlenden Summe ist nun dem Komité von den Oberpräsidien der Rheinprovinz und Westfalens die Veranstaltung einer Lotterie gestattet worden, zu welcher 48 000 Loose à 1 Mark ausgegeben werden sollen, während 16 000 Mark für Gewinne ausgesetzt werden. Der Vorsitzende des Comité's ist der Königliche Landrath Federath in Brilon. Man hofft hier auf rege Betheiligung an dem schönen Unternehmen.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Se. Majestät der Kaiser setzt mit günstigem Erfolge die Badekur in Gastein fort und unternimmt trotz der Ungunst des Wetters bald größere, bald kleinere Ausflüge in die herrliche Umgebung des Wildbades. Die Absicht, dem österreichischen Kaiser in Ischl einen Besuch abzustatten, ist neuerdings aufgegeben worden, da Kaiser Franz Josef seinen erlauchten Freund in Gastein aufsuchen will. Zur Vereinbarung der dazu erforderlichen Vorbereitungen sollte gestern der Minister des Aeußern und des kaiserlichen Hauses, Graf Kalnoky aus Ischl in Gastein eintreffen. Die Rückkehr unseres Kaisers nach Berlin ist nach wie vor auf den Anfang der zweiten Augustwoche in Aussicht genommen.

In der Kronprinzlichen Familie wurde am Montag der Geburtstag der Prinzessin Charlotte, Gemahlin des Erbprinzen von Meiningen, welche zur Zeit noch zum Besuch in England weilt, festlich begangen. Im Anschluß daran fand am nächsten Tage auf der Pfauen-Insel ein großartiges Gartenfest statt, zu welchem zahlreiche Einladungen ergangen waren.

Die Mitglieder des Staatsministeriums befinden sich zum Theil auf Reisen, zum Theil sind sie bereits wieder zurückgekehrt. Der Minister v. Puttkamer ist nach der Provinz Westpreußen abgereist. Der Cultusminister ist von einer Reise nach den Provinzen Sachsen und Westfalen zurückgekehrt. Der Finanzminister hat in der vorigen Woche eine Reise nach den westlichen Provinzen unternommen, um die Hauptzollämter zu inspiciren. Auf dieser Reise wurde auch Bremen berührt.

Die mit der Zucker-Enquete betraute Commission wird voraussichtlich bis Ende dieser Woche die Abhörung sämmtlicher Sachverständigen erledigt haben. Die Schlußberathungen der Commission zur Formulirung der zu stellenden Anträge sollen im Oktober stattfinden.

Die Ratifikation des deutsch-französischen Literarvertrages wird in allernächster Zeit erwartet. Was den mit Belgien zu vereinbarenden Vertrag betrifft, so wird derselbe auf derselben Grundlage mit dem deutsch-französischen stehen. Zur Zeit sind von Seiten Belgiens noch keinerlei Bestimmungen getroffen, ob es Commissare nach Berlin zu schicken gedenkt oder den deutsch-französischen Vertrag ohne Weiteres den Verhandlungen zu Grunde legen will.

Das Ergebniß der Nachwahl im Kieler Wahlkreise ist ein solches gewesen, wie es vorauszusehen war: keiner der Candidaten erhielt die absolute Majorität. Es wird daher eine Stichwahl stattfinden, welche auf den 3. August anberaumt ist. Die Wahl Hänels erscheint zwar als gesichert, aber das unbestreitbare Anwachsen der socialdemokratischen Stimmen hat doch die fortschrittlichen Organe sehr stutzig gemacht.

Aus dem Auslande.

Die vierte Juliwoche d. J. ist ereignißreicher gewesen, als bei der zur Zeit herrschenden politischen Windstille erwartet werde konnte.

Allgemeines Interesse hat zunächst die von der englischen Regierung gefaßte Entschließung erregt, es auf eine ablehnende Entscheidung über den mit Herrn von Lesseps geschlossenen Vertrag nicht ankommen zu lassen, sondern die die Erbauung eines zweiten Suez-Kanals betreffende Vereinbarung wieder aufzuheben. Offenbar hat Herr Gladstone seinem Kabinet eine parlamentarische Niederlage ersparen und einer Verhandlung aus dem Wege gehen wollen, welche die weitverbreitete Verstimmung seiner Landsleute über die französische Kolonialpolitik zum öffentlichen Ausdruck gebracht hätte. Daran, daß das Scheitern dieses Projekts in Paris einen überaus peinlichen Eindruck machen und den Franzosen für ein Zeichen unfreundlicher Gesinnung des brittischen Volks gelten wird, hat natürlich nichts geändert werden können.

Das Zustandekommen der Verträge, welche der französische Minister der öffentlichen Arbeiten Raynal mit den großen Eisenbahngesellschaften getroffen hat, wird nach den letzten Abstimmungen im Pariser Abgeordnetenhause für gesichert angesehen. Die gedachten Gesellschaften übernehmen den Bau von 4700 Kilometer neuer Schienenwege, zu welchem die Staatskasse einen Zuschuß leistet. Die neuen Linien werden mit den alten verschmolzen und den Gesellschaften zur Verwaltung übergeben; der Staat garantirt die nach einem gewissen Durchschnittssatz berechnete Verzinsung der aufgewendeten Capitalien und erhält dafür die Zusicherung, daß zwei Drittheile eines etwaigen Mehrgewinns ihm zu Gute kommen sollen; außerdem sichert die Regierung sich für die Dauer von 15 Jahren ein Rückkaufsrecht. Die in dieser Angelegenheit von dem Minister Raynal gehaltene Rede constatirt, daß an einem solchen Rückkauf vorläufig ebenso wenig zu denken sei, wie an eine Durchführung des Staatsbahnsystems überhaupt; für die in dieser Richtung angestellten Bemühungen sei der richtige Zeitpunkt bedauerlicher Weise verpaßt und dadurch ein Zustand herbeigeführt worden, der keine andere Möglichkeit, als diejenige einer Verständigung mit den inzwischen zu Großmächten gewordenen großen Compagnien zuläßt. — Diese Erklärung ist in unseren Tagen siegreicher Durchführung des Staatsbahnsystems in Preußen von besonderem Interesse. Die Umsicht unserer Regierung hat eben den richtigen Zeitpunkt für die Geltendmachung des staatlichen Interesses an einer einheitlichen, dem öffentlichen Nutzen entsprechenden Regelung des Verkehrswesens wahrzunehmen gewußt.

Der von dem Wiener Gemeinderath gefaßte Beschluß, von einer Feier des 200jährigen Jahrestages der Befreiung Wiens von den Türken abzusehen, ist allenthalben in Oesterreich mit peinlichem Befremden aufgenommen worden. Daß die in Wien vorherrschende deutsch-liberale Partei ihrer Verstimmung über das politische System des Grafen Taaffe auf Unkosten einer großen geschichtlichen Erinnerung Ausdruck gegeben hat, bekundet einen Mangel an patriotischer Gesinnung, der den Gegnern zu begründeten Anklagen Gelegenheit bietet und der deutschen Sache in Oesterreich schweren Schaden bereiten wird. — Die czechische Partei des böhmischen Landtages hat einen Antrag auf Abänderung des Wahlgesetzes eingebracht, der indessen erst im nächsten Jahre discutirt werden soll. Zur Zeit würde dieser Vorschlag keine Aussicht auf Erfolg haben, da die Czechen auf der böhmischen Provinzialversammlung wohl über eine Zweidrittel-Mehrheit, nicht aber über die für eine Wahlreform erforderliche Dreiviertel-Majorität verfügen.

Aus dem europäischen Südosten sind mehrere Ereignisse von Bedeutung zu erwähnen. Es hat den Anschein, als ob die rumänische Oppositionspartei an ihren thörichten großrumänischen Bestrebungen ohne Rücksicht auf die gemachten peinlichen Erfahrungen festhält. Sie will den Titel des Landesherrn „König von Rumänien" in den Titel „König der Rumänier" verwandeln und dadurch zu verstehen geben, daß die unter österreichisch-ungarischem Scepter lebenden Rumänen eigentlich zum Königreich gehörten. — Großes Aufsehen erregt es, daß der belgische General Brialmont, der hinter dem Rücken seiner Regierung einen Plan für die Befestigung Rumäniens ausgearbeitet hatte, mit Versetzung in die Nichtactivität bestraft worden ist. — Aus Rußland wird gemeldet, daß die dortige Oberkirchenbehörde dem neu gewählten, in Oesterreich geweihten Metropoliten von Belgrad und Serbien die Anerkennung versagt und den russischen Geistlichen verbote hat, den Namen dieses Prälaten im Kirchengebete zu nennen; der Vorsteher eines serbischen Klosters in Moskau, der sich dieser Anordnung nicht fügte, ist mit Absetzung bestraft worden.

Der spanisch-deutsche Handelsvertrag ist von dem Congreß und der spanischen Deputirtenkammer mit erheblicher Stimmenmehrheit genehmigt worden.

Die Zunahme der Cholera in Aegypten hat allenthalben auf dem europäischen Festlande zu einer Verschärfung der Quarantaine-Maßregeln geführt.

Verantwortlicher Herausgeber Dr. H. Klee, Berlin W., Wilhelmstr. 84. — Im Selbstverlag des Herausgebers. — Druck: W. Moeser Hofbuchdruckerei, Berlin, Stallschreiberstr. 34. 35.